

Start in die zweite Phase der Fusion

Die Stadt Baden beantragt beim Einwohnerrat 108 000 Franken für die Prüfung der Gemeindefusion mit Turgi.

Hans-Caspar Kellenberger

«Seit der letzten Volksabstimmung wissen wir, dass wir diesen Weg gehen dürfen», sagte Stadtmann Markus Schneider (Die Mitte) an einer Medienkonferenz. Tatsächlich stimmten im Juni 2021 sowohl Turgi als auch Baden «Ja» zur Ausarbeitung des Fusionsvertrags beider Gemeinden. In Turgi hat die Gemeindeversammlung den Zusatzkredit am Donnerstagabend bereits genehmigt. Bei nur vier Gegenstimmen wurde der Kredit gar deutlich angenommen.

Der Badener Einwohnerrat muss die Summe von 108 000 Franken aus den beiden Anträgen des Stadtrats an der Sitzung vom 7. Dezember noch gutheissen. Stimmt das Stadtparlament dem Kredit zu, kann die Umsetzungsphase für die Fusion der beiden Gemeinden starten, bevor dann die Volksabstimmung im März 2023 endgültig über die Zukunft des Projekts entscheidet. Der Antrag zum Zusatzkredit setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Einerseits aus der Öffentlichkeitsarbeit, deren Budget in der bereits abgeschlossenen ersten Phase praktisch ausgeschöpft wurde. Nur noch rund 5250 Franken sind übrig, um die Öffentlichkeit über die weitere Vorgehensweise für die angestrebte Fusion der beiden Gemeinden adäquat zu informieren. Hier sind deshalb 54 000 Franken vom Stadtrat beantragt, um die Information und Kommunikation mit der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. «Wir waren mit der Corona-Situation konfrontiert, mussten die Resultate unserer Workshops aber trotzdem auch der Bevölkerung darlegen», sagte Stadtmann Markus Schneider an der Medienkonferenz. Deshalb wurde der Kanal gewechselt, an die Stelle von Informationsanlässen traten Live-streams.

Weitere Mehrkosten ergaben sich durch den Wechsel der Kommunikationsagentur, welche die Stadt bei der Information der Bevölkerung unterstützte. «Nichtsdestotrotz war es wichtig, die Bevölkerung zu in-



Juni 2021: Jubel beim Stadtrat und Gemeinderat Turgi nach der Urnenabstimmung. Nun wird der Zusatzkredit beantragt.

Bild: pkr

«Den Zusatzkredit zu beantragen ist der richtige und transparente Weg.»

Markus Schneider
Stadtmann Baden

formieren. Das ist unsere Pflicht», so Schneider weiter. «Den Zusatzkredit zu beantragen, ist der richtige und transparente Weg.» Der zweite Antrag für den Zusatzkredit beinhaltet die gleiche Summe von 54 000 Franken. Dieser Kredit soll der Prüfung der Umsetzung dienen. Andererseits gehe es darum, dass man wissen müsse, wie die Gemeinde Turgi in Baden integriert werden soll. Und das noch vor der Volksabstimmung im März 2023. Stadtmann Schneider dazu: «Wir können nicht erst im März 2023 abklären, was wir mit dem Personal der beiden Gemeinden machen. Wir müssen bereits jetzt abklären, was vorgängig erarbeitet werden muss. Genau dafür möchten wir die zweite Tranche von 54 000 Franken aufwen-

den», so Schneider. Es gehe also darum, zu erarbeiten, welche konkreten Aufgaben vor und welche erst nach der Abstimmung angegangen werden müssen. «Falls die Bevölkerung sich im März 2023 gegen die Fusion ausspricht, müssen wir natürlich ausweisen, wie die Gelder benutzt wurden», so Schneider. «Es ist natürlich auch unsere Aufgabe, von den 54 000 Franken nur das zu nehmen, was wir wirklich brauchen.»

Ein «Nein» bedeutet die Kreditüberschreitung

Was würde ein «Nein» des Badener Einwohnerrats zum Zusatzkredit bedeuten? «Beim Kredit für die Kommunikation müssten wir vermutlich eine Kreditüberschreitung in Kauf nehmen. Wir haben als Stadt

auch die Pflicht, die Bevölkerung über die Resultate der Prüfung zu informieren», sagt Schneider. Beim Kredit für die Umsetzungsphase würde ein «Nein» gemäss dem Stadtrat bedeuten, dass alle Planungen ohne zusätzliche Gelder gestemmt werden müssten.

Wobei dann für die eigentliche Integration der beiden Gemeinden kein Geld mehr zur Verfügung stünde. Auch hier wäre das Vorgehen gleich wie bei einem Nein zum Kredit für die Kommunikation, nämlich eine Überschreitung desselben. Aufschluss über die Bewilligung der beiden Anträge zum Zusatzkredit kann am Ende nur die Badener Einwohnerratssitzung geben, die am 7. Dezember im Schulhaus Burghalde stattfinden wird.

Nachrichten

Neue Mehrzweckhalle soll in die nächste Phase

Ehrendingen An der Einwohnerversammlung vom 21. Juni 2021 hat das Ehrendinger Stimmvolk den Überweissungsantrag, einen Planungskredit für den Bau einer neuen Mehrzweckhalle Standort Lägerbreite an der nächsten Gemeindeversammlung zu beantragen, gutgeheissen. Nun ist es so weit: Die Stimmberechtigten entscheiden am Montag, 22. November, über den Planungskredit in der Höhe von 150 000 Franken. Ebenfalls zu genehmigen ist ein Zusatzkredit von 145 000 Franken für die Gesamtrevision Nutzungsplanung Siedlung und Kultur. (az)

Othmar Suter ist als Vize zurückgetreten

Freienwil Nach seiner Wahl zum Gemeindeammann hat Othmar Suter (parteilos) beim Kanton seine Demission als Vizeammann eingereicht. An den Erneuerungswahlen im Herbst hatte er die Wiederwahl zum Vize problemlos geschafft, der bisherige Freienwiler Ammann Robert Müller (SVP) wurde aber nicht wiedergewählt. Deshalb kandidierte Suter als sein Nachfolger. Nun muss auf den Abstimmungstermin vom 13. Februar ein neuer Vizeammann gewählt werden, wie die Gemeinde mitteilt, wobei nur Gemeinderäte antreten können. Urs Rey (parteilos) stellt sich zur Verfügung. (az)

Neue Leiterin für die Kultur

Baden Der Stadtrat hat Monika Schmon Fuchs zur neuen Leiterin Kultur gewählt. Sie wird die Stelle am 1. März 2022 mit



einem 80-Prozent-Pensum antreten. Sie folgt auf Patrick Nöthiger, der seit 21 Jahren in unterschiedlichen Funktionen

für die Kultur in der Stadt Baden tätig war und seine Leitungsfunktion abgeben wird. Monika Schmon Fuchs ist aktuell stellvertretende Leiterin des Kulturamts des Kantons Thurgau. Bereits in früheren beruflichen Stationen habe sie Führungserfahrung als Kulturveranstalterin und Kulturmanagerin sammeln können, teilt die Stadt Baden mit. Sie studierte Pädagogik, Sonderpädagogik und Kunstgeschichte an der Universität Zürich und hat sich mit einem CAS in Innovation und Change im Kulturmanagement an der Universität Basel weitergebildet. Monika Schmon Fuchs verfüge über sehr gute Kenntnisse der Schweizerischen Kultur- und Förderlandschaft und weise langjährige Erfahrung im Bereich der öffentlichen Kulturförderung auf, schreibt die Stadt Baden weiter. «Der Stadtrat ist überzeugt, mit Monika Schmon eine in persönlicher wie fachlicher Hinsicht für die Funktion als Leiterin Kultur sehr geeignete Persönlichkeit gefunden zu haben», heisst es in der Mitteilung weiter. (az)

Rebweg für rund 3 Millionen saniert

Mellingen 2018 sprach die Mellingener Gemeindeversammlung einen Kredit von 2,94 Millionen Franken für die Sanierung der Strassenabschnitte Rebweg, Herrenrebenweg und Rebhalddenweg. Im April 2020 starteten die Bauarbeiten, die mit dem Belageinbau im letzten Teil des Rebwegs am Donnerstag, 18. November, abgeschlossen wurden. In den nächsten Monaten würden nun noch die privaten Hausanschlussleitungen für die Kanalisation saniert und die Strassenbeleuchtung erstellt, teilt die Gemeinde mit. Im nächsten Sommer werde der Deckbelag eingebaut. (az)

Erste Jugendsession soll politisches Interesse wecken

Baden Am Freitag und Samstag, 26. und 27. November, findet in Baden zum ersten Mal eine Jugendsession statt. Organisiert wird sie vom Jugendparlament Baden, welches am 1. Mai gegründet wurde. Ziel der Jugendsession ist gemäss der entsprechenden Mitteilung der Stadtverwaltung, den Jugendlichen aus der Region eine Stimme in der städtischen Politik zu geben, die sie normalerweise nicht haben, und so langfristig das politische Interesse der Jugendlichen wecken.

Am Freitag werden Schülerinnen und Schüler des Oberstu-

fenzentrums Burghalde eingeladen, am Sonntag ältere Jugendliche aus den umliegenden Berufs-, Kantons- und Mittelschulen. Für den Freitag haben sich laut der Mitteilung bereits 70 Jugendliche angemeldet. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, in Form von World Cafés oder eines Speed-Debatings über verschiedene Themen zu diskutieren. Am Ende werden die zusammengetragenen Anliegen priorisiert und anschliessend dem Stadtrat übergeben. Finanziell unterstützt wird das Jugendparlament vom Kanton Aargau. (az)

Schulhaus «Jim Knopf» nimmt die erste Hürde

Bellikon Die Stimmberechtigten von Bellikon entschieden an der Einwohnerversammlung vom Donnerstag, 18. November, über diverse Traktanden. Im Vordergrund stand dabei das Schulhaus «Jim Knopf», der Erweiterungsbau des Oberstufenzentrums Rüsler in Niederrohrdorf. Dafür beantragen die vier beteiligten Gemeinden am Rohrdorferberg einen Projektierungskredit von insgesamt 3,27 Mio. Franken. Aufgrund der Berechnung der Einwohnerzahlen entfällt auf Bellikon ein Anteil von rund 13 Prozent – also 196 400 Franken

für die Projektphase sowie 74 700 Franken für die Vorprojektierungsphase.

Zudem hatte das Stimmvolk das Budget 2022 zu genehmigen, das bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 89 Prozent mit einem Ertragsüberschuss von 1200 Franken schliesst. Alle Traktanden wurden von den anwesenden 57 Stimmberechtigten grossmehrheitlich genehmigt. Einzig der Projektierungskredit für das neue Schulhaus erhielt eine Gegenstimme sowie eine Enthaltung, die Vorprojektierungsphase eine Enthaltung. (az)